

Beschluss des Landrats vom 16.10.2025

Nr. 1363

62. Gerechtere Löhne

2025/25; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Fredy Dinkel (Grüne) dankt für die Bereitschaft des Regierungsrats, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Die ersten zwei Punkte sind auch eher Fragen zum Abklären. Der dritte Punkt macht den Vorstoss zu einer Motion, was aus Sicht des Urhebers weiterhin das richtige Instrument ist.

Persönlich ist Fredy Dinkel ein Verfechter sehr tiefer Lohnscheren. Im eigenen Unternehmen wurde diese auf 1:2,5 festgelegt. Die Konsequenz war nicht, dass keine Angestellten mehr gefunden wurden, sondern dass dann, als alle über den Fachkräftemangel geklagt haben, auf Ausschreibungen 80 oder 90 Bewerbungen von hochqualifizierten Personen eingingen.

Der Grund, weshalb Fredy Dinkel diese Motion verfasst hat, war die Arbeit von Professorin Antoinette Weibel. Sie ist Professorin an der HSG – es handelt sich also nicht um eine linke Fundamentalistin. Eine Aussage von ihr ist, dass hohe Löhne eben nicht dazu führen, dass die besten Personen gefunden werden, sondern diejenigen, die am stärksten auf Geld fixiert sind, Söldner, die weiterziehen, wenn sie an einem anderen Ort mehr erhalten. Mehr Lohn ist also keine Garantie, um die besten Personen zu finden. Natürlich sollen Experten gut bezahlt werden, das ist aber kein Problem. Es zeigt sich auch am Beispiel der CS oder der BLKB: Der hohe Lohn hat nicht dazu geführt, dass die Unternehmen florieren und das Beste für die Gesellschaft getan haben. Effektiv wurde das Beste für das eigene Portemonnaie getan. Eine weitere Erkenntnis von Antoinette Weibel ist, dass eine angemessene Lohnschere eben auch zu einem guten Betriebsklima führt, was ja genauso wichtig ist.

Im Kanton selbst gibt es eine Lohnschere von 1:6. Das ist nicht so, weil nur Banausen im Regierungsrat oder in den Direktionen sitzen. Auch dort handelt es sich um hochqualifizierte Personen, die ihre Arbeit erledigen. Man wird wohl auch mit CHF 400'000 knapp über die Runden kommen und sonst muss man halt aufs Sozialamt. Wieso soll dieses Verhältnis nicht auch für Institutionen gelten, die dem Kanton gehören? In der Motion verlangt Fredy Dinkel ein Verhältnis von 1:12, weil er 1:6 als chancenlos eingeschätzt hat. Ein grosser Unterschied zu privaten Unternehmen ist, dass kantonseigene Unternehmen kein unternehmerisches Risiko tragen. Das ist einer der wesentlichen Punkte. Wer selbstständig ist und etwas aufgebaut hat, kann verdienen, was er will, denn er trägt auch das gesamte Risiko. Das ist in einem Staatsbetrieb nicht der Fall. Entsprechend hält Fredy Dinkel vorerst an der Motion fest.

Balz Stückelberger (FDP) hält die Stellungnahme der FDP-Fraktion kurz: Sie lehnt sowohl Motion wie auch Postulat ab. Letztlich geht es bei diesem Anliegen um eine Wiederaufnahme der 1:12-Initiative durch die Hintertür. Vor wenig mehr als zehn Jahren wurde dieser von keinem einzigen Stand zugestimmt. Im Kanton Basel-Landschaft haben sie fast 70 % der Stimmbevölkerung abgelehnt. Die FDP-Fraktion sieht keinen Grund, weshalb man nun auf diesen Entscheid zurückkommen sollte. Die Lohnfestsetzung ist und bleibt Sache der Unternehmen, auch wenn der Kanton daran beteiligt ist. Die FDP ist gegen starre Quoten und für sinnvolle, marktgerechte Lösungen. Es gibt keinen sachlichen Grund, um dieses Minderheitsanliegen noch einmal aufzuwärmen.

Silvio Fareri (Die Mitte) erklärt, der Motionär fordere in seinem Vorstoss drei Punkte. Die ersten zwei Punkte, die Höhe der Lohnschere wie auch die Gründe dafür, hören sich noch sehr unverdächtig an. Wie aber Balz Stückelberger bereits ausgeführt hat, hat es der dritte Punkt entsprechend in sich. Im November 2013 hat das Schweizer Stimmvolk die 1:12-Initiative mit 65 % doch deutlich abgelehnt und die Mitte, damals noch CVP, hatte sich ebenfalls gegen dieses Volksbegehren ausgesprochen. Die Haltung ist heute unverändert. Wie der Regierungsrat selber ausführt, ist nicht davon auszugehen, dass in den Beteiligungen des Kantons so dermassen hohe Löhne bezahlt werden. Entsprechend ergibt sich aus Sicht der Mitte-Fraktionen kein Handlungsbedarf. Die Fraktion wird die Motion ablehnen. Ein Postulat wird nur unterstützt, sofern der dritte Punkt gestrichen wird.

Florian Spiegel (SVP) sagt, für die SVP-Fraktion komme eine Motion nicht in Frage. Sie hätte es zudem begrüsst, wenn diesem Anliegen eine Interpellation vorausgegangen wäre. Der einzige Aspekt, der in der Fraktionsdiskussion auf Anklang gestossen ist, ist das Argument des Risikos für sehr gut entlohnte Stellen bei staatsnahen Betrieben. Die SVP teilt die Ansicht, dass dort keine Verantwortung vorhanden ist, die nach oben offene Löhne rechtfertigen würde. Dieses Thema wurde bereits mit einem Vorstoss von Reto Tschudin adressiert. In der vorliegenden Form wird der Vorstoss von der SVP-Fraktion ebenfalls nicht unterstützt.

Pascale Meschberger (SP) dankt Fredy Dinkel für diese Motion, die von der SP-Fraktion selbstverständlich einstimmig unterstützt werde. Die SP stützt sich nicht auf Abstimmungen ab, die mehr als 11 Jahre zurückliegen. Das Gedächtnis anderer reicht meist noch weniger weit zurück. Es wurde in letzter Zeit bewiesen, dass der Lohn nicht dafür ausschlaggebend ist, gute, qualifizierte Personen zu finden – im Gegenteil. Deshalb ist die SP davon überzeugt, dass es auch mit 1:12 noch immer einen sehr guten Lohn gibt, bei dem viele der Anwesenden nur staunen könnten und froh wären, diesen zu erhalten. Es ist nur gerecht, wenn es um kantonsnahe oder kantonseigene Betriebe geht. Dies ist nicht vergleichbar mit der Juso-Initiative, mit der noch viel mehr verlangt wurde. Eine gewisse Einschränkung in diesem Bereich wäre nur billig und recht. Der Regierungsrat leistet mindestens so gute Arbeit und trägt so viel Verantwortung wie die CEO der kantonsnahen Betriebe.

Sabine Bucher (GLP) erklärt, die GLP-Fraktion unterstütze ein Postulat, eine Motion jedoch nicht. Es besteht die Befürchtung, dass eine Umsetzung zur Folge hätte, dass die Dienstleistungen von Personen mit tiefen Löhnen ausgelagert und künftig eingekauft würden. Ein Postulat zur Prüfung wäre aber sinnvoll.

Fredy Dinkel (Grüne) wandelt die Motion in ein Postulat um und streicht das dritte Anliegen an den Regierungsrat: «*Die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass die Firmen, an denen der Kanton eine Beteiligung ab 50% hat, die Lohnschere, inkl. Boni und weiterer Vergütungen, maximal 1:12 beträgt. Bei den Firmen mit einer Minderheitsbeteiligung soll er sich dafür einsetzen, dass die Lohnschere, inkl. Boni und weiterer Vergütungen, maximal 1:12 beträgt.*»

::: Mit 45:30 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss in modifizierter Form als Postulat überwiesen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) dankt allen Anwesenden für die Mitarbeit und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.